

INTERESSANTES ZUM LAND VON DER LPB

Zum Landesjubiläum 2012:
Baden-württembergische Erinnerungsorte
Keiner erinnert sich allein. Erinnerung ist eine kollektive Gedächtnis-
leistung, die Gemeinschaft und Identität stiftet. Erinnerungsorte sind
real existierende oder gedachte Orte mit besonderer symbolischer
Bedeutung. An ihnen und mit ihnen wird exemplarisch erinnert, und
es werden Parallelen zu aktuellen Themen und Debatten gezogen.
Erinnerungsorte sind Kristallisationspunkte kollektiver Erinnerung und
langfristiger Gedächtnisspeicher ganzer Länder.
Reinhold Weber/Peter Steinbach/Hans-Georg Wehling (Hrsg.),
618 S., 510 Abb., 2012, 19.50 EUR

Aus der Reihe „Schriften zur politischen Landeskunde
Baden-Württembergs“:
Die Zukunft der kommunalen Selbstverwaltung
Barbara Remmert/Hans-Georg Wehling (Hrsg.),
214 S., 2012, 6.50 EUR

Die Zeit nach dem Krieg: Städte im Wiederaufbau
Karl Moersch/Reinhold Weber (Hrsg.), 2008, 420 S., 6.50 EUR

Geographie Baden-Württembergs, Raum, Entwicklung, Regionen
Hans Gebhardt (Hrsg.) Stuttgart 2008, 376 Seiten

Politische Köpfe aus Südwestdeutschland
Reinhold Weber/Ines Mayer (Hrsg.), 2005, 336 S., 6.50 EUR

Reihe „Politik in Baden-Württemberg“, Handbuch Landespolitik
Siegfried Frech/Reinhold Weber/Hans-Georg Wehling (Hrsg.),
349 S., 2011, 5.00 EUR

(Die Schutzgebühren verstehen sich jeweils zzgl. Versandkosten.)

Die Landeszentrale für politische Bildung

- ist eine überparteiliche Einrichtung des Landes Baden-Württemberg,
- veranstaltet Seminare, Tagungen, Vorträge, Studienreisen, Symposien, Ausstellungen, Politische Tage,
- veröffentlicht Bücher, Broschüren und Zeitschriften und bietet Lernmedien und Spiele an,
- betreibt als eigenes Tagungszentrum das „Haus auf der Alb“ in Bad Urach
- und Shops in Stuttgart und in den Außenstellen Freiburg und Heidelberg.

Bestellungen und Informationen über:
lpb-Marketing, Staffenbergstraße 38,
70184 Stuttgart, Fax 0711.16 40 99 77,
marketing@lpb.bwl.de oder
www.lpb-bw.de/shop

Impressum
Text: Martina M. Müller
Redaktion:
Dr. Iris Häuser
Paulinenstraße 44-46, 70178 Stuttgart
iris.haeuser@lpb.bwl.de
Literaturhinweise:
Klaus-Jürgen Matz: Kleine Geschichte des Landes Baden-Württemberg. Leinfelden-Echterdingen. 2010.
Reinhold Weber / Hans-Georg Wehling: Geschichte Baden-Württembergs, München 2007
Bild- und Quellennachweis:
Landesmedienzentrum Baden-Württemberg
Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Staatsarchiv Sigmaringen
Gestaltung: Bertron Schwarz Frey

Zähe Verhandlungen

Im Zentrum späterer Konferenzen stehen vor allem die Modalitäten einer Volksabstimmung. Wohleb möchte, dass über die Alternativen, Zusammenschluss oder Wiederherstellung der alten Länder, abgestimmt wird. Müller unterstützt ihn. Maier hingegen favorisiert als Alternative zum Zusammenschluss aller drei Südwestländer den Zusammenschluss von Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern.
Umstritten ist auch der Auszählungsmodus. Wohleb fordert, nach den alten Ländern – Baden und Württemberg – getrennt auszuzählen, und setzt sich zunächst auch durch. Als die drei Länderchefs in den Parlamentarischen Rat nach Bonn berufen werden, um über das Grundgesetz zu beraten, wird die Südwestfrage vorerst auf Eis gelegt.

Die Südwestfrage im Grundgesetz

Das Grundgesetz sieht zwar einen allgemeinen Neugliederungsartikel (Artikel 29) vor. Der soll jedoch nach dem Willen der Alliierten bis zu einem Friedensvertrag ausgesetzt bleiben. Müller fürchtet eine langfristige Vertagung der Südwestfrage, mit negativen Folgen für Württemberg-Hohenzollern. Er wendet sich deshalb an den Präsidenten des parlamentarischen Rates, Konrad Adenauer (1876–1967). Mit Erfolg: Am 6. Mai 1949 wird ein Spezialartikel ins neue Grundgesetz eingefügt. Dieser Artikel 118 gestattet eine Abweichung von Artikel 29. Er fordert ausdrücklich eine Neugliederung der drei Südweststaaten, entweder durch deren Vereinbarung oder durch ein Bundesgesetz. Der Weg zu einer Neugliederung ist wieder frei.

Der Streit um den Auszählungsmodus

Zwar können sich die Regierungschefs der drei Südwestländer jetzt auf die Alternativfragen der Volksabstimmung, Zusammenschluss oder Wiederherstellung der alten Länder, einigen. Doch um den Auszählungsmodus entbrennt ein Streit. Maier rückt von seiner ursprünglichen Zusage ab, nach alten Ländern zu zählen. Er favorisiert nun einen Auszählungsmodus, der das Abstimmungsgebiet in vier Bezirke Nordbaden, Südbaden, Nordwürttemberg und Südwürttemberg-Hohenzollern unterteilt. Mehrheiten in drei der vier Bezirke sollen als positives Votum gelten.
Die badische und württemberg-hohenzollerische Regierung sprechen sich gegen diesen Modus aus: In Württemberg gilt die Mehrheit für den Südweststaat als gesichert, in Südbaden dagegen die Ablehnung. So würde allein die nordbadische Bevölkerung die Volksabstimmung entscheiden. Wohleb und Müller beharren auf der Auszählung nach alten Ländergrenzen.

Die Probeabstimmung und ihre Folgen

Diesem Modus folgt denn auch die Probeabstimmung im September 1950 mit folgendem Ergebnis: Die Württemberger votieren für den Zusammenschluss, die Badener lehnen ihn mit einer hauchdünnen Mehrheit von 50,7 Prozent ab. Müllers Hoffnung auf eine mehrheitliche Zustimmung der Badener erfüllt sich nicht. Er schwenkt nun um. Nach einigen der Form halber stattfindenden Treffen der drei Regierungschefs unterrichtet er Bundeskanzler Adenauer im November 1950, dass eine Einigung der drei Länder in der Südwestfrage nicht herbeigeführt werden kann. Die Südwestfrage muss nun über ein Bundesgesetz geregelt werden.

Bundesgesetz und Verfassungsklage

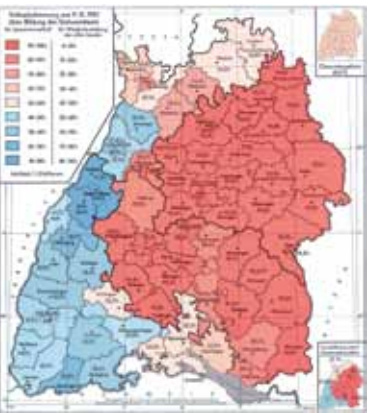


Für und wider den Südweststaat. Wahlplakate zur Volksabstimmung

Am 25. April 1951 wird das „Zweite Neugliederungsgesetz“, das der Idee des Vier-Bezirke-Auszählmodus folgt, mit großer Mehrheit im Bundestag verabschiedet. Zwei Tage später stimmt der Bundesrat zu. Die badische Regierung ruft das zu diesem Zeitpunkt noch nicht einmal konstituierte Bundesverfassungsgericht an. Das Gesetz wird im Oktober 1951 für verfassungsgemäß erklärt. Das erste Urteil des höchsten deutschen Gerichts kommt allerdings nicht durch ein mehrheitliches Votum der Richter zustande, sondern bei Gleichheit von sechs zu sechs Stimmen.

Volksabstimmung und Gründung Baden-Württembergs

Bei der Volksabstimmung am 9. Dezember 1951 stimmen 69,7 Prozent der Bevölkerung der Neubildung zu. Wohleb kann zwar einen Erfolg verbuchen: In (Süd-)Baden lehnen 62 Prozent und in Gesamtbaden 52 Prozent den Zusammenschluss ab. Auf das Gesamtergebnis hat das jedoch keinen Einfluss. In drei der vier Bezirke finden sich Mehrheiten für den Zusammenschluss.



Im März 1952 wählt die Bevölkerung die Verfassungsgebende Landesversammlung. Diese konstituiert sich am 25. April in Stuttgart. Reinhold Maier (FDP/DVP) wird mit 64 von 120 Stimmen der erste Ministerpräsident. Für ihn votieren auch die Abgeordneten der SPD und des GB/BHE (Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen). Sein Gegenkandidat Gebhard Müller erhält alle 50 Stimmen der CDU-Fraktion, der größten im neuen Landtag. Die erste Sitzung des neuen Landtags führt auch zum ersten politischen Eklat des neuen Bundeslandes. Maier nimmt nicht nur seine Wahl an, sondern präsentiert direkt im Anschluss auch die Ernennungsurkunden der Kabinettsmitglieder. Die CDU-Fraktion protestiert lautstark, muss sie doch angesichts der Namensnennungen erkennen, dass sie nicht an der Regierung beteiligt sein wird.



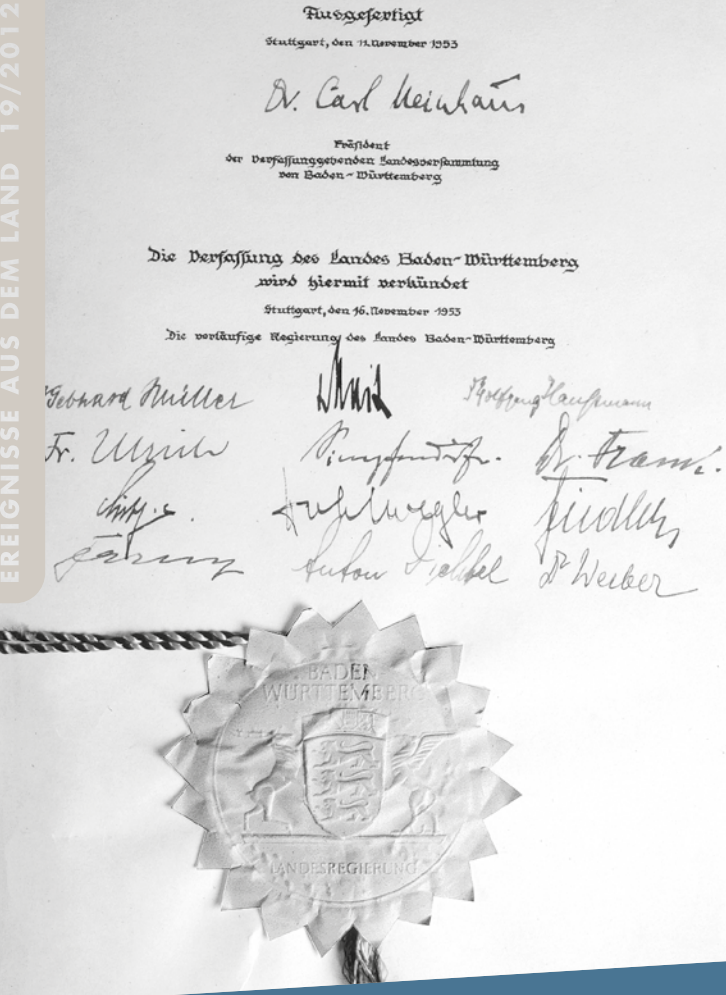
Mit einem Blick auf seine Taschenuhr und trotz der Proteste der CDU-Abgeordneten stellt Reinhold Maier den Zusammenschluss der drei Länder fest und bestimmt die Geburtsstunde des neuen Südweststaates: 12.30 Uhr am 25. April 1952

Im Herbst des Folgejahres entscheidet sich der Landtag mit deutlicher Mehrheit für den Namen Baden-Württemberg. Am 19. November 1953 tritt die Landesverfassung in Kraft.

ZEITTADEL

- 1945 Teilung von Baden und von Württemberg in Folge der Besetzung
- 1946 Landtag und Regierung des Landes Württemberg-Baden mit der Hauptstadt Stuttgart
- 1947 Landtage und Regierungen der Länder Baden mit der Hauptstadt Freiburg und Württemberg-Hohenzollern mit der Hauptstadt Tübingen
- 1948 Frankfurter Dokumente und Parlamentarischer Rat in Bonn
Treffen der Präsidenten der Südweststaaten auf dem Hohenneuffen
Keine Einigung beim Auszählungsmodus der Volksabstimmung
- 1949 Verkündung des Grundgesetzes am 23. Mai mit der Sonderregelung für einen Südweststaat (Art.118 GG)
- 1950 Probeabstimmung über den Zusammenschluss der drei Länder
Scheitern der Einigung über einen Südweststaat
- 1951 Entscheidung zum Südweststaat durch den Bundestag (Neugliederungsgesetze)
Verfassungsklage der badischen Regierung beim Bundesverfassungsgericht (BVG). Bestätigung der Gesetze durch das BVG
Dezember: Volksabstimmung mit einer Mehrheit für den Südweststaat
- 1952 März: Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung
25. April: Konstituierende Sitzung, Wahl des Ministerpräsidenten Reinhold Maier, Gründung des neuen Südweststaates
- 1953 Der Namen des neuen Bundeslandes: Baden-Württemberg.
Inkrafttreten der Landesverfassung am 19. November
- 1970 Erneute Abstimmung in den Regierungsbezirken Nordbaden und Südbaden mit überwältigender Mehrheit von 81,9 Prozent für den Zusammenschluss

EREIGNISSE AUS DEM LAND 19/2012



DIE ENTSTEHUNG DES LANDES BADEN-WÜRTTEMBERG

Postskriptum

26 Jahre später, am 7. Juni 1970, stimmt die Bevölkerung in den Regierungsbezirken Nord- und Südbaden über den Verbleib im Bundesland Baden-Württemberg ab. Vorangegangen war eine erfolgreiche Klage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen den Abstimmungsmodus bei der Volksabstimmung von 1951. 81,9 Prozent der Badener bekennen sich jetzt zu Baden-Württemberg, dem einzigen Land der Bundesrepublik, das durch eine Volksabstimmung entstanden ist.

„Glücksfall der Geschichte“

Nach Kriegsende entstehen in Folge der amerikanischen und französischen Besatzung zunächst drei Staaten: Württemberg, Baden, Württemberg-Hohenzollern und Baden. Es sind Konstrukte, die keinen der Beteiligten zufriedenstellen. Der Weg zum neuen Bundesland Baden-Württemberg ist jedoch kompliziert und kann nur mit Hilfe „von außen“ durch die Bundesebene erfolgreich beschritten werden. Bedenkt man die Startschwierigkeiten, so überzeugt der Erfolg dieses „Glücksfalls der Geschichte“ (Theodor Heuss) umso mehr.



DAS GROSSE LANDESWAPPEN

Der Landtag von Baden-Württemberg wählt im Mai 1954 ein Landeswappen, das die Einheit des jungen Bundeslandes, gleichzeitig aber auch die vielfältigen Traditionen der früheren Landesteile symbolisieren sollte. Im goldenen Schild wird das Wappen des staufischen Herzogtums Schwaben gezeigt: drei schwarze Löwen mit roten Zungen. Der goldene Schild wird von einem Hirsch, der für Württemberg steht, und dem Greif, der für Baden steht, ge-

halten. Auf dem Schild befindet sich eine Krone, mit sechs historischen Plaketten, die für die zwischen dem Mittelalter und dem Ende des Alten Reiches wichtigsten südwestdeutschen Territorien stehen. Von links nach rechts befinden sich dort die historischen Wappen von Franken, Hohenzollern, dann erhöht die Wappen von Baden und Württemberg, gefolgt von der Kurpfalz und von Vorderösterreich.

Kriegsende und Nachkriegszeit

Ursprünglich planen die USA, den gesamten deutsche Südwesten nach Kriegsende unter amerikanische Besatzung zu stellen. Baden und Württemberg sollen erhalten und getrennt verwaltet werden. Doch während der letzten Kriegswochen erkennen die USA Frankreich als formell gleichberechtigten Alliierten und damit als künftige Besatzungsmacht an. Die Sowjetunion lehnt dies jedoch ab. Frankreich kann somit nur Gebiete beanspruchen, die ursprünglich den angelsächsischen Alliierten zugedacht waren. General de Gaulle (1890–1970), der die französischen Truppen führt, gelingt es im Wettlauf mit den USA, weite Teile Badens und Württembergs samt den Hauptstädten Karlsruhe und Stuttgart zu erobern. Das geht den amerikanischen Verbündeten allerdings zu weit. Frankreich wird zum Rückzug gezwungen, südlich einer Grenze, die von der Autobahn Karlsruhe – Ulm markiert wird. Durch diese Grenzziehung sind nun Baden und Württemberg geteilt. Die nördlichen Landesteile, stärker industrialisiert und dichter besiedelt, bilden die amerikanische, die südlichen, eher agrarisch geprägt und dünner besiedelt, die französische Besatzungszone.



Drei Länder statt zwei.

Allen Beteiligten, den Besatzern und den besetzten Deutschen, ist klar, dass die künstliche Teilung kein Dauerzustand sein kann. Frankreich drängt lange auf einen Gebietsaustausch, um die Länder Baden und Württemberg wiederherzustellen. Doch der Chef der amerikanischen Militärregierung in Deutschland, Lucius D. Clay (1897–1978), wendet sich aus finanziellen, logistischen und aus Prestigegründen dagegen.

Württemberg-Baden

Pragmatisch vereinigen USA ihre badischen und württembergischen Gebiete im September 1945 zum Land Württemberg-Baden mit der Landeshauptstadt Stuttgart. Rasch sollen demokratische Strukturen aufgebaut werden. Zum Ministerpräsidenten wird der letzte württembergische Wirtschaftsminister der Weimarer Zeit, Reinhold Maier (1889–1971) von der FDP/DVP, ernannt. Er beruft bereits im Januar 1946 eine vorläufige Volksvertretung nach ständischem Prinzip ein, die aus Repräsentanten politischer Parteien und anderer gesellschaftlicher Gruppen besteht. In den folgenden Monaten werden Gemeinderäte und Kreistage gewählt, im Juni die Verfassungsgebende Landesversammlung.



Das Landtagsgebäude von Württemberg-Baden in der Heusteigstraße 45 in Stuttgart war bis 1961 auch das Domizil des Landtags von Baden-Württemberg.

Die neue Verfassung wird im Herbst 1946 in einer Volksabstimmung angenommen. Gleichzeitig wird der erste Landtag gewählt, der am 24. November 1946 zusammentritt. Die CDU wird zur stärksten politischen Kraft mit 41 Mandaten, die SPD erreicht 32, die FDP/DVP 17 und die KPD 10 Mandate. Maier bleibt Ministerpräsident an der Spitze einer Allparteienregierung. Sie hat drängende Aufgaben zu erledigen. Die Infrastruktur muss wiederhergestellt, Wohnraum geschaffen, zahllose Flüchtlinge und Vertriebene versorgt werden.



Dr. Reinhold Maier (FDP/DVP), Ministerpräsident von Württemberg-Baden (1945–1952) und Baden-Württemberg (1952–1953)

Baden und Württemberg-Hohenzollern

In der französischen Zone erwägen die Besatzer ebenfalls einen Zusammenschluss der ihnen zugefallenen Landesteile Württembergs und Badens, verzichten jedoch darauf. Die Option auf einen Gebietsaustausch wäre damit verwirkt. Die Demokratisierung schreitet weniger zügig voran. Es dauert, bis die Länder Württemberg-Hohenzollern mit der Hauptstadt Tübingen und das Land (Süd-)Baden mit der Hauptstadt Freiburg begründet sind. Wahlen finden erstmals im Oktober 1946 statt, zunächst werden die Kreistage gewählt, im November die Verfassungsgebenden Landesversammlungen. Nach den Landtagswahlen im Mai 1947 konstituieren sich im Juni beide Landesparlamente. Lorenz Bock (1883–1948) von der CDU wird Staatspräsident von Württemberg-Hohenzollern, Leo Wohleb (1888–1955), ebenfalls CDU, Staatspräsident von Baden.

Leo Wohleb (CDU), Staatspräsident von Baden (1947–1952) Dr. Gebhard Müller (CDU), Nachfolger von Lorenz Bock als Staatspräsident von Württemberg-Hohenzollern (1948–1952) und Ministerpräsident von Baden-Württemberg (1953–1958)



Wohleb hat mit schwierigen Verhältnissen zu kämpfen: Süd-Baden ist strukturschwach, von Land- und Forstwirtschaft geprägt, kaum urbanisiert und industrialisiert. Die Lage verschärft sich durch die Demontagen der französischen Besatzer. Sie steigern den Holzeinschlag drastisch, entnehmen Güter aus der laufenden Produktion und beanspruchen zwei Drittel der Steuereinnahmen.



Der Landtag von (Süd-)Baden tagte im historischen Kaufhaus in Freiburg.

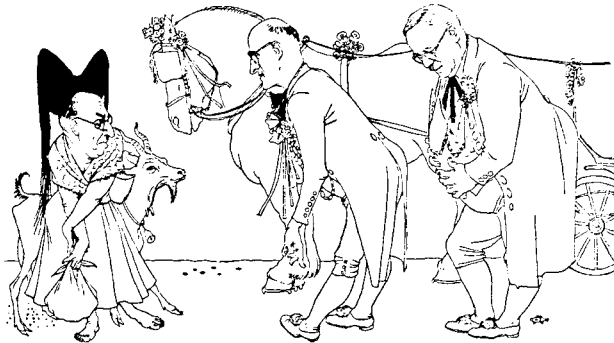


Der Landtag von Württemberg-Hohenzollern tagte im ehemaligen Kloster und Schloss Bebenhausen bei Tübingen.

Das Konstrukt Württemberg-Hohenzollern umfasst den Südtel des alten Württembergs und die bis 1945 zu Preußen gehörenden Hohenzollerischen Lande. Es zählt nur eine Million Einwohner, hat keine Großstadt und ist noch ländlicher strukturiert als der andere Teil der französischen Zone. Ebenfalls zu gewaltigen Kontributionen an Frankreich gezwungen, ist Württemberg-Hohenzollern nicht lebensfähig und von Beginn an auf Unterstützung aus Stuttgart angewiesen. In der Folgezeit kommen vor allem von dort die größten Anstrengungen, um die Dreiteilung des deutschen Südwestens zu überwinden.

Die Lösung der Südwestfrage. Erste Versuche

Wie sieht die Alternative zur bestehenden Dreiteilung des deutschen Südwestens aus? Für die meisten besteht sie in der Wiederherstellung der alten Länder Württemberg und Baden. Aber was sollte mit Hohenzollern geschehen? Am 1. Juli 1948 werden den Ministerpräsidenten der Westzonen von den Westalliierten die Frankfurter Dokumente übergeben. Damit verknüpft ist die Aufforderung, einen Parlamentarischen Rat für Deutschland einzuberufen und die Länder gegebenenfalls neu zu gliedern. Für den Südwesten ergeben sich damit die Perspektiven einer grundlegenden Neugestaltung. Der Ministerpräsident Württemberg-Badens Maier nutzt denn auch eine mit der Tübinger Regierung anberaumte Konferenz auf dem Hohenneuffen, um seinen badischen Amtskollegen einzuladen. Dieses erste Treffen der drei Repräsentanten hat eine Expertenkommission zum Ergebnis, die einen Staatsvertrag über die Vereinigung der drei Länder ausarbeiten soll.



Südwestdeutsche Brautwerbung

„Südwestdeutsche Brautwerbung“. Reinold Maier und Gebhard Müller werben um die Gunst und Zustimmung von Leo Wohleb. Karikatur in der Stuttgarter Zeitung vom 27. August 1949

Aus der Sicht von Maier und seines württembergisch-hohenzollerischen Amtskollegen brächte eine Vereinigung viele Vorteile. Doch warum lässt sich Leo Wohleb als glühender Verfechter der Reunion Badens darauf ein? Wohl aus taktischen Gründen. Denn zur gleichen Zeit tagt der Ländergrenzenausschuss der Ministerpräsidentenkonferenz. Wohleb fürchtet von dort ein Diktat in der Südwestfrage. Als sich der Ausschuss auflöst, bricht Wohleb die Verhandlungen über einen Staatsvertrag ab. Er begründet diesen Schritt mit dem Fehlen einer Alternative, sollte die Vereinigung der Länder durch eine Volksabstimmung herbeigeführt werden.



Die drei Protagonisten im Ringen um den Südweststaat: Reinhold Maier (links), Gebhard Müller (zweiter von rechts) und Leo Wohleb (rechts) bei einer Konferenz im Jahr 1950.